

TAGBLATT

Das St.Galler Parlament will keine «Lex GLP» — Die Fraktionsgrösse wird frühestens 2024 verkleinert

Das Parlament lässt sich durch die Situation der Grünliberalen nicht drängen. Das bekräftigte es am zweiten Sessionstag vom Dienstag nochmals: Ein dringlicher Vorstoss, welcher Gruppen ab fünf Personen wenigstens einen Beobachterstatus in den Kommissionen einräumen wollte, wurde abgelehnt. Der zeitliche Druck sei nicht gegeben, befand die Mehrheit des Parlaments. Da und dort war von «Zwängerei» die Rede.

Regula Weik

15.09.2020, 11.00 Uhr



Die St.Galler Grünliberalen waren erfolgreich bei den nationalen Wahlen im Herbst - im Bild der frisch gewählte Nationalrat Thomas Brunner mit der damaligen Parteipräsidentin Nadine Niederhauser - wie auch bei den kantonalen Wahlen im Frühling.

Ralph Ribl

Die St. Galler Grünliberalen gehören zu den Wahlsiegern der kantonalen Wahlen. Die Partei holte im März sechs Sitze im Kantonsparlament, vier mehr als 2016.

Trotz des Erfolges bleibt die Partei im Parlament aussen vor. Der Grund: Ihre Sitzgewinne reichen nicht, um eine eigene Fraktion zu bilden. Sieben Sitze sind dafür im St. Galler Kantonsparlament nötig.

Erfolglos nach Fraktionspartnerin gesucht

Die Parteileitung suchte deshalb nach einer Fraktionspartnerin, putzte da und dort die Klinke – doch sie kassierte nur Absagen. Erst wollte die bisherige Fraktionspartnerin CVP nichts davon wissen; sie spannt neu mit der EVP zusammen. Auch diese hatte die Anfrage der GLP verworfen. So wie später auch die FDP und die Grünen.

So kommt es, dass die Grünliberalen heute ohne Fraktion im Parlament politisieren – so quasi von der Seitenlinie her. Denn nur Fraktionen dürfen Mitglieder in die Kommissionen entsenden, wo die wichtigen Geschäfte vorbereitet, Kompromisse geschmiedet, Deals ausgehandelt werden.

Die Grünen, welche die ungemütliche Situation der GLP aus eigener Erfahrung kennen – auch sie hatten früher die Fraktionsgrösse verpasst und mussten eine Fraktionsgemeinschaft anstreben –, reagierten postwendend. Ihr Fraktionschef Meinrad Gschwend hatte noch im Mai eine Motion eingereicht und darin eine neue



Meinrad Gschwend, Fraktionschef der St.Galler Grünen im Kantonsparlament.

Bild: Ralph Ribl

Mindestgrösse von fünf Mitgliedern gefordert. Die heutige Lösung sei «zweifelhaft». Damit sei «die politische Einbindung aller im Parlament vertretenen politischen Kräfte» nicht mehr gewährleistet. Die neue Regelung sollte subito auf Beginn der

aktuellen Amtsdauer 2020–2024 in Kraft treten. Doch derart dringlich erachtete das Parlament das Anliegen nicht – und vertagte es auf die Septembersession.

Erst die Vor-und Nachteile auflisten

Die Fraktionsgrösse ist im Geschäftsreglement des Kantonsparlaments geregelt. Inzwischen hat sich denn auch das Präsidium geäussert. Es will den Entscheid verschieben und schlägt vor, dem Parlament eine Auslegeordnung der Vor- und Nachteile einer Verkleinerung der Fraktionsgrösse von sieben auf fünf Mitglieder vorzulegen und dann – je nach Ergebnis dieser Prüfung – auf Beginn der Amtsdauer 2024–2028 eine Änderung zu beantragen.

Der Hintergrund des Vorschlags ist klar: Das Parlament soll unbeeinflusst von der aktuellen Zusammensetzung über die richtige Mindestgrösse der Fraktionen diskutieren. Die gestrige Parlamentsdebatte verdeutlichte

dies: Eine «Lex GLP» kommt für die Mehrheit nicht in Frage.



Sonja Lüthi, St.Galler Stadträtin und Kantonsrätin der Grünliberalen.

Bild: Tobias Garcia

Es gebe «keine Veranlassung, die geltenden Spielregeln während der Legislatur zu ändern», argumentierte etwa Walter Locher (FDP) und handelte sich damit heftige Kritik an. So konterte der Wiler

Grüne Guido Wick: Es geht dabei um nichts anders als um «die nicht sehr hochwertige Zementierung der Machtpolitik». Vorgängig hatte die St. Galler Stadträtin Sonja Lüthi (GLP) festgehalten:

«Wir möchten uns gerne konstruktiv und informiert einbringen.»

Doch vorerst werden die Grünliberalen dies nur direkt im Parlament tun können. Ein Vorstoss, welcher ihnen wenigstens den Beobachterstatus in den Kommissionen hätte ermöglichen sollen, lehnte das Parlament am Dienstagmorgen ab – jedenfalls dessen Dringlichkeit. Nun solle doch erste einmal die Auslegeordnung abgewartet werden.

St. Gallen auf weiter Flur alleine

Die Diskussion der Fraktionsgrösse ist schon fast ein Evergreen. Das Parlament sprach sich bereits mehrmals gegen eine Senkung der Mindestzahl aus. So überlebte die Regelung vor zwölf Jahren auch die Verkleinerung des Parlaments von 180 auf 120 Sitze.

St. Gallen wäre mit einer Fraktionsgrösse von fünf Mitgliedern allerdings kein Exot. Die allermeisten Kantone kennen diese Lösung, so auch der Nachbar Thurgau – und das, obwohl sein Grosser Rat mit 130 Sitzen grösser als das hiesige Kantonsparlament ist. Und selbst im 200 Sitze zählenden Nationalrat braucht es nur fünf Sitze für eine Fraktion.

Dass die Grünliberalen nun ohne Fraktionsanschluss politisieren, bedeutet für sie nicht nur keine Mitsprache in den Kommissionen, sondern auch kein Geld. Denn der Kanton zahlt jeder Fraktion jährlich 30000 Franken, für die Betriebskosten gewissermassen. Dazu kommen 3000 Franken für jedes Fraktionsmitglied, Geld, auf das gerade die kleinen Parteien dringend angewiesen sind.

Mehr zum Thema

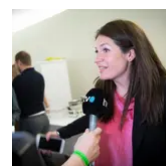
Sieben Mitglieder braucht es aktuell: Kleinere Fraktionen im St.Galler Kantonsrat gibt es frühestens ab 2024

01.09.2020



St.Galler Kantonsparlament: Die Grünliberalen laufen ins Leere

Regula Weik · 08.04.2020



Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.